
EVELYN REGNER

Informationen für MeinungsbildnerInnen



Panama Untersuchungsausschuss – State Of Play

Nach 18 Monaten intensiver Arbeit, 27 Sitzungen, sieben „Fact-Finding Missions“ und alleine 172 sozialdemokratischen Änderungsanträgen wurde am 13. Dezember 2017 der Endbericht des Panama-Untersuchungsausschusses, also unsere konkreten Empfehlungen und Ableitungen an die Kommission und Mitgliedsstaaten, im Dezember 2017 im Plenum abgestimmt.

Was wir im Panama-Untersuchungsausschuss gelernt haben:

Durch den Panama Untersuchungsausschuss haben wir bereits viel Licht ins Dunkle gebracht. Wir müssen die EU gar nicht verlassen, um fragwürdigste Offshore-Konstrukte, Briefkastenfirmen, Geldwäscherei, aggressivste Steuerplanung oder Räubergeschichten um Freeports zu finden. Außerdem haben wir gesehen, welche große Rolle Finanzintermediäre spielen. Ohne die Hilfe von Privatbanken, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und AnwältInnen wäre Kapitalflucht gar nicht möglich. Klar ist auch, dass wir nicht nur an der EU Gesetzgebung dringend nachschärfen müssen, sondern auch eine stärkere Kontrolle der Umsetzung bestehender Regeln brauchen.

Wichtige Forderungen für die Europäischen SteuerzahlerInnen durchgesetzt:

Bis zum Schluss haben die **Konservativen in den Verhandlungen gebremst**, und in der Plenarabstimmung hat die konservativ-liberale Mehrheit, dazu gehören auch NEOS und ÖVP, einige wichtige Forderungen aus dem Bericht, auf die wir uns bereits im Ausschuss geeinigt hatten, rausgestimmt. Sie haben **dagegen gestimmt**, dass es auch **unter den EU Mitgliedsstaaten Steuersümpfe** gibt und dass europaweit **Mindeststeuersätze** eingeführt werden müssen. Insbesondere enttäuschend ist, dass sie unsere Forderung nach einem **Verbot von Briefkastenfirmen vollkommen verwässert** haben. Wir haben ein Verbot von Briefkastenfirmen gefordert, die Konservativen wollen aber erst, dass die EU-Kommission prüft, ob Briefkastenfirmen schlecht sind.

Trotzdem konnte ich gemeinsam mit meinen sozialdemokratischen KollegInnen und Verbündeten wichtige Forderungen durchsetzen.

- ▶ Der Panama Untersuchungsausschuss spricht sich dafür aus, dass das Konzept der **digitalen Betriebsstätte** im europäischen Steuerrecht definiert wird. Ein wichtiger Schritt, damit sich die Internet-Multis nicht mehr davor drücken können, ihre Steuern zu zahlen.
- ▶ Der Panama-Untersuchungsausschuss spricht sich außerdem dafür aus, dass endlich gegen **Freeports**, wie etwa in Luxemburg, vorgegangen werden muss.
- ▶ Weitere wichtige Forderungen sind die rasche Umsetzung der **verpflichtenden Veröffentlichung der Ertragssteuerinformationen von Multis für jedes Land (sogenanntes pCBCR)** und der **Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (CCCTB)**
- ▶ Die gemeinsame **Schwarze Liste** soll mit entsprechenden **Sanktionen** versehen werden.
- ▶ Die Enthüllungen der Panama Papers (aber auch Luxleaks, Bahamas Leaks und Football Leaks) haben wir mutigen **WhistleblowerInnen** und InvestigativjournalistInnen zu verdanken. Sie brauchen europaweiten Schutz.

Und nicht zuletzt: Damit wir endlich Fortschritte im Kampf für Steuergerechtigkeit erzielen können, spricht sich der Panama Untersuchungsausschuss für die **Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat bei Steuerfragen** aus.

Die Arbeit muss weitergehen

Europa wird nicht von heute auf morgen gerechter. Pro Jahr entgehen uns durch Steuerbetrug rund 1.000 Milliarden Euro. Dieses Geld steht den BürgerInnen zu, denn dieses Geld fehlt uns für bessere Ausbildungsmaßnahmen, Zugverbindung oder dafür, dass wir alle Schulen mit Laptops ausstatten oder Sozialeistungen ausreichend finanzieren können. Es ist bereits 10 nach 12 im Kampf gegen Steuerbetrug! Deswegen hoffe ich, dass unsere wichtigen Empfehlungen von den Mitgliedsstaaten und der Kommission rasch umgesetzt werden.

Wir fordern außerdem, dass ein **ständiger Untersuchungsausschuss** im EU-Parlament nach Vorbild des US-amerikanischen Kongresses eingerichtet wird. Denn wir haben gesehen, dass wir den Kampf für ein steuergerechtes Europa nur durch permanenten Druck des EU-Parlaments gewinnen können.

Der finale Bericht ist hier abrufbar:

http://www.europarl.europa.eu/cmsdata/134368/A8-0357_2017_EN.pdf